

F2 - 14.06.1997

# Den Polder verhindern

## Bodenheimer Bürgerinitiative hofft auf Unterstützung

ge. BODENHEIM – Die im Bodenheimer Unterfeld geplante Überflutungsanlage jagt den ansässigen Bürgern Angst ein. Als Vertreter der Bürgerinitiative „Bürger gegen Polder“ bittet Manfred Wirobski die Bürgermeister und Landräte der Anliegerorte- und -kreise in einem offenen Brief nachdrücklich um Unterstützung im Kampf gegen den Polder. „Wie Sie wissen, haben sich schon 1995 mehr als 520 Bodenheimer per Unterschrift gegen einen Polderbau im Bodenheimer Umfeld ausgesprochen. Je näher der Termin der ersten Konkretisierung heranrückt, desto größer wird die Zahl derer, die sich über die damit verbundenen Risiken ernsthaft Sorgen machen“, heißt es in dem an Bürgermeister Achatz adressierten Schreiben.

Die Bodenheimer Bürgerinitiative fürchtet Wasserschäden in dem seit Jahrzehnten bestehenden Bau- und im Gewerbegebiet. Wirobski führt an, daß anderenorts existierende Polder nicht genutzt werden könnten, obwohl es in den vergangenen zehn Jahren Nachbesserungsinvestitionen in Höhe von 78 Millionen Mark gegeben habe. Zum Schutz der angrenzenden Bebauung mußte dort die vorgesehene Einstauhöhe von sechs auf zweieinhalb Meter reduziert werden. Daß auch diese Maßnahme keinen ordnungsgemäßen Betrieb der Anlage erlaube, bestärke

die Bürger in ihrem Mißtrauen gegenüber den Umweltministerien. Nach deren Einschätzung sind Druckwassersituationen, die beim Einstau des Polders den Grundwasserspiegel ansteigen lassen und Immobilienschäden verursachen könnten, beherrschbar.

Der Schutz des Bodenheimer Eigentums habe Vorrang vor den Versuchen des Landes, die Hochwassergefährdung des Mittelrheingebietes einzudämmen, findet Wirobski. Er betrachtet das Vorgehen der Landesregierung im übrigen als unkoordiniert: Bei Budenheim bestehe bereits ein Retentionsraum. Dieser werde der Gemeinde jedoch zum Preis von 700 000 Mark zur Gewerbegebietserweiterung überlassen, was einen neuen Polder mit entsprechendem Stauraum erforderlich mache.

„Polder sollen dort gebaut werden, wo niemand gefährdet wird“, fordert Wirobski, „zum Beispiel in Überschwemmungsbieten, die heute schon existieren – etwa auf den Hördter Rheinauen oder auf dem Kühkopf“. Ein Polder im Bodenheimer Unterfeld dient nach Ansicht ihrer Gegner jedenfalls nicht dem Schutz der ansässigen Bevölkerung. Schon daß die Bodenheimer Kläranlage eingedeicht werden muß, ist laut Wirobski ein weiteres Indiz für die mangelnde Eignung des vorgesehenen Gebietes.